

**Niederschrift  
zur Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Geest und Marsch  
Südholstein (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Montag, den 22.08.2022

**Sitzungsbeginn:** 18:30 Uhr

**Sitzungsende:** 20:45 Uhr

**Ort, Raum:** Amtshaus Amt Geest und Marsch Südholstein,  
großer Sitzungssaal, Wedeler Chaussee 21, 25492  
Heist

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Wolfgang  
Balasus CDU

Herr Bürgermeister Peter Bröker  
CDU

Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke  
GuB

Herr Bürgermeister Uwe Hüttner  
CDU

Herr Bürgermeister Ernst-Heinrich  
Jürgensen SPD

Herr Bürgermeister Daniel Kullig  
BfH

Herr Bürgermeister Jürgen  
Neumann CDU

Herr Bürgermeister Reinhard  
Pliquet SPD

Herr Bürgermeister Michael Rahn-  
Wolff FW

Vorsitzender

stv. Vorsitzender

ab 18.35 Uhr

Außerdem anwesend

Herr Thomas Kasimir FWM

Herr Walter Lorenzen SPD

Herr Hans-Peter Lütje CDU

Herr Gebhard Rühlow GuU

Herr Dietmar Voswinkel SPD

Gäste

Frau Ines Hundsdörfer

Alzheimer  
Gesellschaft  
Kreis Pinneberg  
e.V.

zu TOP 1

Presse

|                            |   |                                   |
|----------------------------|---|-----------------------------------|
| Herr Bastian Fröhlig       | Presse  |                                   |
| <u>Protokollführer/-in</u> |   |                                   |
| Herr Neumann               | Fachbereichsleiter FB 3                         |                                   |
| <u>Verwaltung</u>          |   |                                   |
| Frau Falkenhagen           |   | stv.<br>Fachbereichsleiterin FB 1 |
| Herr Hauschildt            | Fachbereichsleiter FB 2                         |                                   |
| Frau Jathe-Klemm           | Fachbereichsleiterin FB 4                       |                                   |
| Herr Jürgensen             | Amtsleiter des Amtes Geest und Marsch Südholst. |                                   |
| Herr M. Müller             |   | Vertreter<br>Fachbereich 5        |
| Frau Neermann              | Gleichstellungsbefragte                         |                                   |
| Frau Noffke                |   | Personalrat                       |

**Entschuldigt fehlen:**

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 10.08.2022 einberufen. Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 7 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.  
Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

**Tagesordnung:**

1. Vortrag zum Thema "Gemeinsam handeln. Netzwerk Demenz im Kreis Pinneberg" durch Frau Hundsdorfer, Alzheimer Gesellschaft Kreis Pinneberg e.V.
2. Bericht des Amtsdirektors; hier: Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2022  
Vorlage: 0245/2022/AMT/en

3. Einwohnerfragestunde
4. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung
5. Schlichtwohnungen Münsterweg Moorrege  
Vorlage: 0244/2022/AMT/BV
6. Verschiedenes

### **Protokoll:**

#### **zu 1 Vortrag zum Thema "Gemeinsam handeln. Netzwerk Demenz im Kreis Pinneberg" durch Frau Hundsdörfer, Alzheimer Gesellschaft Kreis Pinneberg e.V.**

Frau Hundsdörfer gibt anhand der als **Protokollanlage 1** beigefügten Präsentation einen Einblick in die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft Kreis Pinneberg e.V.

Die Alzheimer Gesellschaft ist Träger des Netzwerkes Demenz im Kreis Pinneberg. Das Netzwerk Demenz im Kreis Pinneberg ist eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Unterstützung von Menschen mit Demenz und ihren Familien. Eine individuelle Beratung und aufeinander abgestimmte Begleitung bei der Inanspruchnahme von Hilfen sowie der Verbesserung der Versorgungsstruktur ist beabsichtigt. Insbesondere im ländlichen Raum soll die Arbeit der Alzheimer Gesellschaft verstärkt werden.

Um eine Verbesserung der Situation von Menschen mit Demenz voran zu bringen, wird eine Vernetzung von ehrenamtlichen Helfern vor Ort für sinnvoll erachtet. Es wird angeregt, beispielsweise auf regionaler Ebene Info-Veranstaltungen mit örtlichen Akteuren und Organisationen durchzuführen, um für das Thema auch vor Ort zu sensibilisieren.

Es besteht der Wunsch, dass in den Gemeinden niederschwellige Angebote für Menschen mit Demenz geschaffen werden.

Amtsleiter Jürgensen bietet an, dass über das Amt eine Informationsveranstaltung organisiert wird, um mit den Vertretern von Vereinen und Organisationen (z.B. DRK, AWO, Sozialverband, Landfrauen, Vereinen, Kirche u.ä.) eine Vernetzung zum Thema Demenz zu erreichen und auf regionaler Ebene mögliche Hilfsangebote zu entwickeln.

Seitens der Bürgermeister wird eine Vernetzung auf Amtsebene für sinnvoll erachtet.

Die Bürgermeister der Gemeinden regen zudem an, dass zusätzliche Informationen der Alzheimer Gesellschaft in den örtlichen Infoblättern und Broschüren veröffentlicht werden.

**zu 2 Bericht des Amtsdirektors; hier: Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2022  
Vorlage: 0245/2022/AMT/en**

AD Jürgensen verweist auf den vorliegenden Halbjahresbericht des Amtes für das 1. Halbjahr 2022.

Der Amtsdirektor berichtet zudem wie folgt:

- Der Fachbereich Finanzen hat angeregt, eine Schulung zum Thema Doppik für das Ehrenamt nach der Kommunalwahl 2023 anzubieten. Mit einer Schulung nach der Kommunalwahl ist dann ein gemeinsamer Kenntnisstand der alten und neuen Gemeindevertreter gewährleistet. Zudem liegen dann die Eröffnungsbilanzen und ersten doppischen Jahresabschlüsse vor, so dass die Zusammenhänge von Haushalt, Jahresrechnung und Bilanz besser dargestellt werden können. Seitens des Hauptausschusses wird diese Vorgehensweise geteilt.
- Neben den Gremiensitzungen finden in den Gemeinden zu unterschiedlichen Themen zahlreiche zusätzliche Sitzungen von Arbeitskreisen, Planungs- und Projektgruppen statt. Teilweise entstehen Überschneidungen mit anderen Sitzungen und Terminen, so dass die Teilnahme der Mitarbeiter nicht ständig gewährleistet werden kann. AD Jürgensen regt an die zusätzlichen Sitzungen auf das notwendige Maß zu reduzieren.
- Der Amtsdirektor verweist auf das Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung. Teilweise zunächst gewünschte Datenaufbereitungen zu Energieverbräuchen von gemeindlichen Einrichtungen sind aufwendig und derzeit wenig zielführend. Vielmehr sind die entsprechenden Einsparmaßnahmen auf Gemeindeebene kurzfristig umzusetzen, damit merkbare Energieeinsparung eintreten.
- Die Abbiegespur auf der B 431 vor dem Amtshaus wird von zahlreichen Verkehrsteilnehmern aus Richtung Holm kommend „überfahren“. Der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein hat aufgrund wiederholter Hinweise mitgeteilt, dass die Straßenmarkierung noch ausreichend sichtbar ist und eine Erneuerung voraussichtlich erst in 1 ½ Jahren erfolgt.
- Bei der Suche von Nachwuchskräften zur Ausbildung bei der Amtsverwaltung sind für 2023 lediglich 5 Bewerbungen eingegangen. Bei der Auswahl hat man sich für zwei Bewerber/innen entschieden.
- Die Anzahl der Corona-Fälle in der Belegschaft der Amtsverwaltung häuft sich momentan, so dass derzeit einzelne Mitarbeiter/innen ausgefallen sind.

- Die personelle Besetzung im Bürgerservice hat sich insbesondere durch Genesungen und Nachbesetzung wieder normalisiert, so dass die vor den Sommerferien vorgenommenen Einschränkungen für die Bürgerbüros ab sofort wieder aufgehoben werden. Der Dienstbetrieb in den Bürgerbüros kann somit wieder gewährleistet werden. Zudem hat sich die Terminvergabe und ggf. notwendige Vertretungsregelung im Amtshaus besser eingespielt.

### **zur Kenntnis genommen**

### **zu 3 Einwohnerfragestunde**

- Herr Rühlw merkt an, dass in den Gemeinden beabsichtigt ist, die gemeindlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen zu bestücken und erkundigt sich, ob in der Amtsverwaltung für die damit verbundene Thematik der Umsatzsteuerpflicht eine steuerrechtliche Beurteilung gewährleistet ist. AD Jürgensen erklärt, dass eine Kollegin, die aus dem Steuerrecht kommt, derzeit sehr intensiv mit der zum 1.1.2023 verpflichtenden Umsetzung der kommunalen Umsatzsteuerpflicht beschäftigt ist und über entsprechende fachliche Kenntnisse verfügt. Neben zahlreichen umsatzsteuerrelevanten Sachverhalten wird dabei auch die Umsatzsteuerpflicht von Einspeisevergütungen bei Photovoltaikanlagen beurteilt.
- Auf die Frage von Herrn Voswinkel, ob angesichts der ursprünglich beabsichtigten Klage gegen die Streckenführung der Bemer-Cyclastics etwaige Kosten zu erwarten sind, teilt der Amtsdirektor mit, dass lediglich ein Schlichtungsgespräch stattgefunden hat und somit keine Verfahrenskosten entstanden sind. In dem Schlichtungsgespräch wurde eine Veränderung der Streckenführung vereinbart und damit die vorgebrachten sicherheitsrelevanten Gründe vom Veranstalter entkräftet.  
Seitens einiger Ausschussmitglieder wird darauf verwiesen, dass insbesondere die örtlichen Gaststätten und Cafe's von der stundenlangen Sperrung der Region stark betroffen waren.  
Herr Kasimir hofft auf mehr gegenseitiges Verständnis und plädiert für einen offenen Dialog.  
Im Hauptausschuss besteht Einigkeit, dass im Rahmen einer „Manöverkritik“ die Verbesserungsvorschläge gesammelt werden, damit diese bei zukünftigen Veranstaltungen berücksichtigt werden. Zudem sollten alle amtsangehörigen Gemeinden beteiligt werden.  
Es wird außerdem angeregt, Gespräche mit Radsportgruppen und –

verbänden zu suchen, um einen gemeinsamen Austausch zu ermöglichen.

- Bgm. Neumann verweist auf eine interessante Veranstaltung zu Klimaschutzmaßnahmen. Einerseits werden die Gemeinden bestärkt, für den Klimaschutz zusätzliche Photovoltaikanlagen zu errichten und andererseits werden Flächenphotovoltaikanlagen im Kreis Pinneberg mit Hinweis auf den Landschaftsschutz weitestgehend ausgeschlossen.  
Für die sehr unterschiedliche Verfahrensweise in den Kreisen des Landes besteht kein Verständnis.

#### **zu 4      Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung**

Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

#### **zu 5      Schlichtwohnungen Münsterweg Moorrege Vorlage: 0244/2022/AMT/BV**

Amtsdirektor Jürgensen erläutert die Sitzungsvorlage.  
Dem Amt obliegt die Vorhaltung von Notunterkünften. Die Schlichtwohnungen in Moorrege befinden sich in einem stark sanierungsbedürftigen Bauzustand und sind auch aus energetischer Sicht vollkommen unzureichend. Der bauliche Unterhaltungsaufwand steigt stetig.

Mit Vertretern der IB-SH sowie der ArGe-SH fand ein Abstimmungsgespräch statt, in dem die Rahmenbedingungen für eine mögliche Förderung für den Ersatzbau der Schlichtwohnungen im Münsterweg vorgestellt und besprochen wurden. Eine Variante, welche sich als gut und wirtschaftlich umsetzbar an dem Standort darstellen lässt, ist eine eingeschossige Reihenhauslösung in massiver Bauweise. Dies ist mit den Fördergeldgebern erörtert und besprochen worden. Hierbei ergab sich, dass das Projekt generell förderfähig ist und eine Förderquote von bis zu 90 % über das Förderprogramm „Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen“ erreicht werden kann. Dieses Programm endet zum Jahreswechsel 2022 auf 2023. Der Förderantrag ist somit bis zum 31.12.2022 bei der zuständigen Fördergeldstelle einzureichen.

Um eine Entscheidung für die Durchführung der Maßnahme zu erlangen, sind folgende Daten in Absprache mit der Ordnungsbehörde erfasst und berechnet worden. Zu schaffen sind 9 Einzelwohneinheiten mit einer Größe von 50 m<sup>2</sup> und 3 Mehrpersonensorhneinheiten mit einer Größe von 60 m<sup>2</sup>. Dies ergibt eine Gesamtnettofläche von 480 m<sup>2</sup>.

Nach Rücksprache mit den Fördergeldgebern, besteht in diesem Projekt die Möglichkeit, einen Generalplaner zu beauftragen, was eine Beschleunigung in der Umsetzung mit sich bringt. Eine Umsetzung sollte innerhalb von 1,5 Jahren möglich sein.

Die Gesamtkosten für die Maßnahme wurden zunächst mit 1.487.500 € geschätzt, wobei aufgrund der aktuellen Bausituation auch Kostensteigerungen noch möglich sind.

Bei einer erwarteten Förderquote von 90 % können sich Fördermittel in Höhe von rd. 1.338.750 € ergeben.

Die Baukosten sind über eine Kreditaufnahme zu finanzieren und in die Haushaltsplanung 2023 aufzunehmen.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Amtsausschuss beschließt, den Ersatzbau von Schlichtwohnungen im Münsterweg Moorrege wie zuvor beschrieben umzusetzen. Haushaltsmittel für die Vorplanung zur Einreichung des Förderantrages werden außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt unter der Voraussetzung, dass die aufgezeigten Fördermittel auch tatsächlich gewährt werden.

### **einstimmig beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0**

## **zu 6 Verschiedenes**

### **- LNG-Trasse durch die Gemeinden**

Bgm. Pliquet verweist auf die vorliegenden Vertragsentwürfe zur LNG-Trassen durch die Gemeinden. AD Jürgensen empfiehlt, gemeinsam mit dem Fachbereich Bauen und Liegenschaften die Verträge zu sichten und die betroffenen gemeindlichen Flurstücke entsprechend zu beurteilen. Anschließend wird bei Bedarf eine Beteiligung der gemeindlichen Gremien empfohlen.

Laut Bgm. Neumann ist eine Betreuung und Verfahrensbegleitung durch das Amt zwingend erforderlich, damit eine einheitliche Vorgehensweise in den Gemeinden erfolgt.

### **- Legionellen in den gemeindlichen Einrichtungen**

Bgm. Rahn-Wolff teilt mit, dass trotz zahlreicher kostenintensiver baulicher Maßnahmen in regelmäßigen Abständen ein wiederholter Befund von Legionellen in den gemeindlichen Einrichtungen zu

verzeichnen ist. Eine dauerhafte Lösung des Problems ist derzeit nicht absehbar. Seitens der übrigen Ausschussmitglieder wird die Problematik mit Legionellen bestätigt. Es bestehen Zweifel an den Grenzwerten. Von der Landes- oder Bundesebene werden vernünftige einheitliche Vorgaben für den Umgang mit Legionellen in kommunalen Anlagen gewünscht.

- Datenschutzregelung zu Altersjubiläen

Bgm. Kullig bemängelt, dass für die ehrenamtlichen Bürgermeister die Informationen über Geburtstage ihrer älteren Einwohner mit Hinweis auf den Datenschutz eingeschränkt wurden. Infos über Altersjubiläen gibt es ab dem 70. Lebensjahr lediglich für jeden weiteren fünften Geburtstag. AD Jürgensen verweist auf die Regelungen des Meldegesetzes und erklärt, dass eine Anpassung der Regelung beabsichtigt ist.

Für die Richtigkeit:

Datum: 12.09.2022

---

Gez.(Jürgen Neumann)

---

Gez. (Neumann)  
Protokollführer